

Vor wenigen Jahren noch standen Windkonverter als Vorzeigeprojekte der Energiewende, heute werden sie schlecht geredet – Wende einer Wende?
Fotos (2): Stefan Vockrodt

Die umweltpolitische Bilanz der Frau Dr. Merkel

Klimakillerin? Klimakanzlerin? Oder bloß ein Nichts?

Mit hoher Wahrscheinlichkeit wird Frau Dr. Merkel auch eine vierte Legislaturperiode die höchste Exekutivperson unseres Landes sein. Was bedeutet das für die vielfältigen ökologischen Probleme, die drücken?

Blicken wir einmal zurück ins Jahr 2005: Am Wahlabend, damals lieferten sich CDU/CSU unter Frau Merkel und die SPD unter dem noch amtierenden Kanzler Gerhard Schröder ein Kopf-an-Kopf-Rennen, polterte der sichtlich angeheiterte Kanzler in der „Elefantenrunde“, Frau Merkel werde niemals Kanzlerin. Er irrte, wie meistens. Seither diene er seinem Freund Wladimir als Handlungsreisender und seit dem Tode Helmut Schmidts darf er auch wieder auf SPD-Parteitagern herumpoltern, was mehr über den Zustand dieser Partei aussagt als vieles andere. Doch darum geht es hier nicht.

Rot-Grün hat, das zumindest muss man diesem gescheiterten Projekt zugute halten, die Energiewende in Schwung gebracht, mit dem EEG ein Anschubinstrument für Erneuerbare Energien geschaffen und den friedlichen Atomausstieg bis 2021 vereinbart. Immerhin.

Zwölf Jahre später

Zeitsprung: Zwölf Jahre später, Angela Merkel hat zweimal in einer großen Koalition mit der SPD, einmal mit der FDP regiert, fällt das Verwaltungsgericht in Stuttgart am 28. Juli 2017 ein Urteil, das durchaus epochal wirken kann. Das Gericht gibt einer Klage der Deutschen Umwelthilfe (DUH) statt, nach der die Grün-Schwarze Landesregierung in Baden-Württemberg demnächst Fahrverbote für Diesel-Pkw im Großraum Stuttgart zumindest dulden muss. Dazwischen liegen zwölf Jahre, in denen unter einer Kanzlerin Merkel Deutschland sich lange als Vorzeigeland in Sachen Klimaschutz gerierte, den Atomausstieg erst verabschiedete, um ihn dann wieder in Kraft zu setzen, die Erneuerbaren Energien

massiv ausgebaut wurden, nur um ab 2012 die deutsche Solarbranche in den Ruin zu treiben, der Steinkohleausstieg (zumindest aus der Förderung heimischer) fast vollzogen und ein Braunkohleausstieg debattiert und immer wieder verschoben wurde und in denen die Bundesregierung alles tat, um national und vor allem international die herrschende Branche in Deutschland, die Autoindustrie, vor allzu harschen Regulierungen zu schützen, mit dem Ergebnis, dass nach dem „Dieselgate“ nun die ganze Branche als kriminell in Verruf gerät und nicht nur ihre internationale Reputation einbüßt, sondern auch ökonomisch massiv auf die Verliererstraße gerät.

Sieht so eine konsequente, zielorientierte Umweltpolitik aus? Sieht so erfolgreiche Politik aus? Oder zeigt sich hier nicht ein Totalversagen der politischen wie parlamentarischen Institutionen? Immerhin legte im Frühsommer ein Bundestagsuntersuchungsausschuss zum Dieselskandal (dem unter anderen auch der Braunschweiger MdB Carsten Müller (CDU) angehörte) einen Abschlussbericht vor, der als Persilschein für Regierung und Industrie gelten kann

und angesichts dessen man sich nur fragen kann, wo diese Damen und Herren eigentlichen leben. In Autoland? Wahrscheinlich.

Klimaschutz: Ziele klar verfehlt

Wer heute noch glaubt, dass Deutschland in Sachen Klimaschutz – meist verstanden als Reduktion der Emission klimaaktiver Spurengase (gemessen als CO₂) – in der Welt führend sei, der irrt. Deutschland wird seine einst stolz herausposaunten Ziele, nämlich 2020 (das ist noch 2,5 Jahre hin!) 40 Prozent weniger Treibhausgase zu emittieren als 1990, klar verfehlen. Erreicht das Land eine Minderung von 30 Prozent, muss das heute als Erfolg angesehen werden. Nur zum Vergleich: Ausgerechnet Großbritannien, mit Brexit und neuen AKWs, hat schon heute eine Minderung von über 40 Prozent erreicht. Aber dort werden auch Erneuerbare Energien massiv ausgebaut und nicht, wie hierzulande, mit den fadenscheinigsten Gründen behindert und der weitere Zubau verhindert. Auch die USA und China ziehen gerade in Sachen Erneuerbare und sogar Klimaschutz an Deutschland vorbei – trotz Trump, trotz massiver Kohleförderung in China. Woran das liegt? Es gibt viele Gründe, aber eine Politik der Plan- wie Ideenlosigkeit, die Kosten einseitig auf die Bürgerinnen umlegt, die über den Preis der Energiewende die Unwahrheit sagt, hat sicherlich Anteil daran.

Dieselgate und Klimaschutz

Ein wesentlicher Aspekt dabei ist ein Sektor, der der Regierung besonders am Herzen liegt: der Straßenverkehr. Jahrzehntlang hat man hier den Dieselmotor gefördert, der – das trifft ja zu – sparsamer als der Benziner ist und so weniger Treibhausgase produziert als Benzin ge-

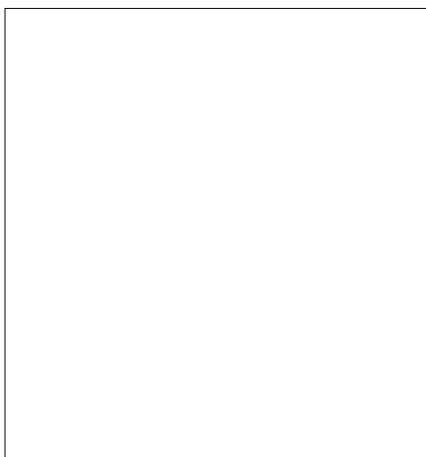
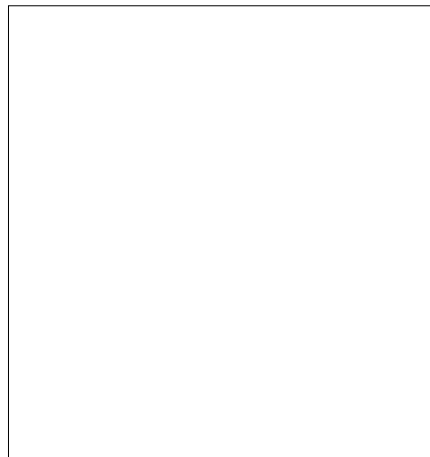


Veränderung braucht Ideen und ein Klima, in dem Ideen gedeihen können. Doch eine ideenlose Politik, die bremst statt fördert und schützt, wo kein Schutz angebracht ist, verbrämt diejenigen, die etwas ändern wollen und können.

triebene Autos. Und moderne Busse, Lkws und Lokomotiven haben heute durchaus funktionierende Abgasreinigungen, die auch Feinstaub- und Stickoxidemissionen stark reduzieren. Vielen Kleintransportern fehlt das. Doch verkehren diese vor allem im inner- und nahörtlichen Bereich. Hier

anzusetzen und einen Umstieg auf emissionsarme oder (bei Nutzung Erneuerbarer Energien) fast emissionsfreie Technologien fördern? Fehlanzeige – Konzerne wie die Post/DHL gehen hier voran, die Politik schläft – verschläft – wie die Industrie die notwendige Wende.

Geht der Trend weg vom Auto? Statt wiederum Mut zu zeigen und den Verzicht auf den eigenen Pkw zu fördern, hält man am Automobilismus fest wie des Kaisers Generäle seinerzeit an der Siegfriedlinie (räumen mussten sie diese doch) und Alternativen wie beispielsweise ein Programm zur Förderung innerstädtischer Shared-Space-Bereiche, des Ausbaus eines guten ÖPNV auch in ländliche Gegenden hinein oder zwischenörtliche „Fahrradbahnen“ – billiger und flächensparender als Autobahnen – stehen in keinem Regierungsprogramm. Das alles findet dennoch statt, aber auf lokaler Ebene, als Pilotprojekt und Ähnliches. Oder es wird zerredet und behindert



wie die Reaktivierung von Bahnstrecken für den ÖPNV in unserer Region. Der Tanz um den Spargel-Express sei da nur als ein Beispiel erwähnt.

Verkehrswende mit „Autodämmerung“

Das moderne Auto hängt nicht von seinem Antrieb ab. Natürlich lassen sich künftig auch Verbrennungsmotoren durchaus umweltfreundlich betreiben, Benziner schon heute, und wenn alternative aus erneuerbarem Strom erzeugte Treibstoffe in größerem Maßstab bereitstehen, braucht man kein Verbrennungsmotorverbot, wie es die Grünen fordern. Das klingt populistisch, geht aber am Thema vorbei. Das moderne Auto ist ein Dinosaurier, es ist zu schwer, hat viel zu viele unnötige Features eingebaut (die alle kosten, alle Treibstoff fressen und die Effizienzsteigerungen im Antrieb aufbrauchen – ein klassischer Reboundeffekt), es frisst darüber hinaus zu viel Platz, Fläche für Straßen, Parkplätze und so weiter, als dass es wirklich in der heutigen Form erhaltenswert ist.

Das ist hart für die deutsche Industrie, die wie keine andere weltweit vom Auto abhängt und deshalb brauchen wir eine „Autodämmerung“, wenn es gilt, gute Jobs zu erhalten und auch Regionen wie unsere ökonomisch nachhaltig zu gestalten. Die Debatte um den Antrieb geht völlig am Thema vorbei, denn die Frage ist, wie künftig Mobilität gestaltet werden soll, wie die von anderen Mobilitätsformen derzeit oft abgeschnittene Landbevölkerung künftig sich fortbewegen soll, kann und darf – irgendwelche Vorschläge aus der Politik? Da und dort eine Floskel, gefolgt von einem Bekenntnis zum Automobil. Lesen Sie Parteiprogramme? Ist eigentlich unnötig, denn Politik wird nicht mit Programmen, sondern von Lobbyisten gemacht.

Atomausstieg! Doch wohin mit dem Müll?

Man könnte noch etliche andere Punkte hier anführen, einen muss ich noch erwähnen, da er unsere Region massiv betrifft. Das Endlagersuchgesetz lässt sich durchaus als ein „Lex Gorleben“ lesen, droht doch bis 2031 das Ergebnis, das begonnene Endlager im Gorlebener Salzstock, Nicht-Eignung hin, erwiesene Untauglichkeit her, als nationales Endlager für hochaktive und wärmeentwickelnde nukleare Abfälle fertigzustellen. Die zynische Hoffnung da-

hinter ist, dass der Widerstand in Gorleben auf natürliche Weise durch Altern und Sterben der Aktiven erlahmen wird. Gleiches gilt auch für unsere Region.

Seit 50 Jahren lagern radioaktive Abfälle in ASSE II, seit über 40 Jahren in Morsleben. Letztere Grube wird verfüllt, die Abfälle bleiben dort. Morsleben – unmittelbar hinter Helmstedt in Sachsen-Anhalt gelegen, ist damit definitiv ein Endlager. Aus ASSE II sollen die Abfälle geborgen werden, bisher scheint man aber nicht sehr intensiv daran zu arbeiten. Eher sieht es so aus, als hoffte manch ein Mitarbeiter vom Bundesamt für Strahlenschutz (Bfs) und der seit Frühjahr für die Gruben zuständigen Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) auf ein Absaufen der Grube, sodass das Notfallkonzept der Flutung mit Magnesiumchlorid-Lösung greifen muss.

Und Schacht KONRAD? Weit über 30 Jahre dauert das Ringen dort, fast schon 40. 2022 soll das Bergwerk „einlagerungsbereit“ sein. Hier ist wie in Gorleben auch derzeit noch heftiger Widerstand vorhanden, Bürger und Gemeinden wehren sich. Den von Sigmar Gabriel (SPD, Bundesaußenminister und Abgeordneter des Wahlkreises Salzgitter-Wolfenbüttel) gewünschten Ausbau der Grube auf doppelte Kapazität wird es wohl nicht geben, zu sehr fürchtet man bei Bfs und BGE ein neues Genehmigungsverfahren, dem dann sogar der genehmigte Teil zum Opfer fallen kann.

Seitens der Bundes- wie auch der Landespolitik sind auch hier keine brauchbaren Lösungsansätze zu erwarten, man spielt auf Zeit statt echte Alternativen zu suchen und hofft, das bürgerschaftliche Engagement kleinzubekommen.

Weitere vier vergeudete Jahre

In Krisenzeiten wie diesen sollte man von Politik klare Ziele, Ideen, Richtungen oder sogar Visionen erwarten können. Davon ist nichts bei den etablierten Parteien in Sicht. Nun stehen uns wohl noch einmal vier Jahre Kanzlerinnenschaft Angela Merckels bevor. Wie die letzten zwölf Jahre, werden auch diese aus umweltschutzpolitischer Sicht weitgehend vergeudet werden. Bewegen tut sich eine Merkel-geführte Regierung nur, wenn sie von äußeren Umständen gezwungen wird. Fukushima war ein solcher Umstand – aber muss es immer erst zu einer Katastrophe oder großen Skandalen kommen, bis sich die Politik bequemt?

Stefan Vockrodt